

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Abgabegebühren: Die Abonnementspreise sind für den Monat 1,20 M., für den halbjährlichen 6,00 M., für den jährlichen 11,00 M. (einschließlich der Postgebühren). Die Anzeigenpreise sind für die erste Spalte 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 4 Pf., für die fünfte 3 Pf., für die sechste 2 Pf., für die siebente 1 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf., für die einhundertste 1 Pf., für die zweihundertste 1 Pf., für die dreihundertste 1 Pf., für die vierhundertste 1 Pf., für die fünfhundertste 1 Pf., für die sechshundertste 1 Pf., für die siebenhundertste 1 Pf., für die achthundertste 1 Pf., für die neunhundertste 1 Pf., für die tausendste 1 Pf.

Nr. 220

Freitag, den 20. September 1918

13. Jahrgang

Weitere Parlamentarisierung der Reichsregierung mit Sozialdemokraten als Ministern in Sicht

Die Entscheidung nahe bevorstehend. — Ein Erlaß Hindenburgs an das Feldheer. — Befriedigender Verlauf deutsch-türkischer Verhandlungen. — Diplomatische Proteste gegen die Sowjetherrschaft in Rußland. Die Antwort Tschitscherins. Erfolge der Tschecho-Slowaken in Nordrußland.

Eine Krise in der Reichsregierung?

Parlamentarisierung der Reichsregierung. Bevorstehender Rücktritt Graf Hertlings. Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung. Graf Brodorsff-Mankau Reichskanzlerkandidat.

Von besonderer Seite wird dem „A. Tagebl.“ aus Berlin gemeldet: Die Regierungskrise tritt immer mehr in ihr entscheidendes Stadium. Die Mehrheitsparteien sind auf Grund der letzten Ereignisse nunmehr fest entschlossen, unverzüglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu schreiten, die in voller Unabhängigkeit vom Großen Hauptquartier die Politik führt, die der Ernst der Stunde erfordert. Die Sozialdemokraten haben sich bereit erklärt, in die neu zu bildende Regierung einzutreten, und zwar, wie wir hören, unter folgenden Bedingungen: 1. Aufhebung des Paragraphen 9 der Verfassung, 2. Eintritt von mindestens zwei bis drei Sozialdemokraten in die Regierung, 3. Besetzung eines der wichtigsten politischen Ressorts — vermutlich des Staatssekretariats des Innern — mit einem Parteiführer, wofür in erster Linie Ebert in Betracht kommen dürfte.

Die Entscheidung liegt beim Zentrum, das in einer Fraktionsstimmung am Montag definitiv die Stellung nehmen wird. Ein Teil der Fraktion, geführt vom Abgeordneten Gröber, scheint noch immer an Hertling festhalten zu wollen, während die Mehrheit, wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, den Rücktritt des Kanzlers fordern wird, als dessen Nachfolger der bisherige Befehlshaber in Kopenhagen, Graf Brodorsff-Mankau, in erster Linie genannt wird. Es steht zu hoffen, daß sich das Zentrum, dem die Preisgabe seines altbewährten Parteimannes, des Grafen Hertling, gewiß nicht leicht wird, der vollen Verantwortung bewußt ist, die es dem Vaterlande gegenüber trägt, und die Entscheidung ohne Rücksicht auf die Person rein nach sachlichen Gründen und nur in Rücksicht auf die Lage trifft, die in dieser Stunde einen festen, unkompromittierten, aktionsbereiten Mann als Leiter der Geschicke des Deutschen Reiches erfordert. Als solcher scheint Graf Mankau, der, soweit wir unterrichtet sind, sich mit voller Energie für die Parlamentarisierung einsetzen wird, besonders geeignet. Wir unserserseits würden seine Berufung mit Freuden begrüßen.

Soweit das „Völk. Tagebl.“, dem man die volle Verantwortung für seine Mitteilungen überlassen muß. Wenn das Biot die Entscheidung über die Krise von der Haltung des Zentrums abhängig macht, so sei zunächst darauf verwiesen, daß der der Zentrumspartei angehörende Reichstagspräsident Fehrenbach in einer gestern von uns wiedergegebenen Unterredung dem Reichskanzler Grafen Hertling volles Vertrauen ausgesprochen hat. Im Uebrigen schreibt jedoch das führende Zentrumorgan, die „Germania“, zur Frage einer weiteren Parlamentarisierung des „Kabinetts“ Hertling wie folgt:

„Die Strömungen in der inneren Politik hängen selbstverständlich zum nicht geringen Teil mit den Friedensbestrebungen und Friedensfragen zusammen. Die Mehrheitsparteien des Reichstags wollen die durch ihre vorjährige Friedensresolution eingeschlagene Bahn weiter verfolgen und streben solche Reformen an, die dem Volke bestmöglichsten Nutzen bringen. Einem größeren Einfluß auf den Gang der Außenpolitik sichern und Schwankungen und Rückschläge von ihr fernhalten sollen. Wegen einer weiteren Parlamentarisierung ist natürlich nichts einzuwenden, da im Verlaufe dieses Krieges wohl fast alles überzogen wurde, daß das Volk ein besserer Herr des Friedens und der Verträge ist als die Geheimpolitik, und daß das Volk, das die Entscheidungen des Staates berechnen kann, auf die wichtigsten Entscheidungen des Staates berechtigten Anspruch erheben kann. Aber die Beispiele der parlamentarisch regierten Länder mahnen bei

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 20. September. Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern. Infanteriekämpfe nordöstlich von Bieschoote und südlich von Ypern verliefen für uns erfolgreich. Ein Vorstoß der Engländer nordwestlich von Hulluch wurde abgewiesen. Bei östlichen Unternehmungen bei Moeuvres und im Walde von Havrincourt machten wir Gefangene. In Moeuvres sprengten wir zahlreiche Unterstände des Feindes.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn. Auf dem Schlachtfelde am frühen Morgen heftiger Feuerkampf. Starke Teilangriffe, die der Feind gegen Souzeaucourt und beiderseits vor Epéhy mehrfach wiederholte, wurden abgewiesen. Bayrische Regimenter und preussische Jäger zeichneten sich hierbei besonders aus. Einzelne Angriffe richtete der Feind nach stärkstem Feuer am frühen Morgen und in den Mittagsstunden gegen unsere Linien zwischen Omignonbach und der Somme. Sie sind hier auch gestoppt worden vor unseren Linien gestoppt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nördlich der Maas machten wir bei eigenen Unternehmungen am Gehdt Vaurains und westlich von Jong 130 Gefangene. Infolge unseres Artilleriefeuers, das das Unternehmen westlich von Jong vorbereitete, kam ein beachtlicher Angriff des Feindes nicht voll zur Entwicklung und wurde abgewiesen.

Heeresgruppe von Gallwitz. Kleine Vorkämpfe. Ueber dem Gefechtsfeld zwischen Maas und Mosel schoß das Jagdgeschwader 2 unter Führung des Oberleutnants Freiherrn von Böhmig in der Zeit vom 12. bis 18. Sept. 81 feindliche Flugzeuge ab. Es selbst verlor im Kampf nur 2 Flugzeuge. Leutnant Nebel errang seinen 30. Luftsieg. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

12000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. Sept. (Amtlich.) Im westlichen Teil des Mittelmeeres versenkten unsere U-Boote 12000 T. Schiffsraum. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein Opfer der U-Boote.

London, 19. Sept. (Mentel.) Die Admiralität teilt mit: Am 12. Sept. hat ein deutsches U-Boot einen britischen bewaffneten Ueberwachungs-Dampfer torpediert und versenkt. 8 Offiziere und 50 Mann einschließlich 25 Mann von der Handelsmarine werden vermisst.

dieser Umgestaltung zu größter Vorsicht und auch zur Wahrung deutscher Eigenart. Wenn auch die Mehrheitsparteien nicht in allen Dingen der selben Ansicht wie Graf Hertling sind, so wäre es doch verfehlt und nicht leicht zu verantworten, eine Krise heraufzubeschwören; an großen Staatsmännern haben wir wahrlich keinen Ueberfluß. Auch unter dem jetzigen Reichskanzler würde sich eine weitere Parlamentarisierung wohl durchzuführen lassen. Die Belastung unserer Politik durch die finnische Königsfrage ist gewiß nicht nach unserem Geschmack, und wenn nun einmal ein deutscher Fürst in den Oststaaten sich eine Krone aufsetzen lassen will, so solle als Welt wissen, daß er es auf eigene Rechnung und Gefahr tut. Ueber Belgien würde schon die Formel sich finden lassen, die den Wünschen der Mehrheitsparteien entspricht und auch von der Reichsregierung angenommen werden kann. Das Problem, das unter Hertling am schwierigsten zu lösen ist, bleibt immer noch das elsaß-lothringische.“

Die Haltung der Nationalliberalen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiamtliche Organ der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, schreibt:

„Die Kriegspolitik der Regierung bedarf unbedingt eines starken und unerschütterlichen parlamentarischen Rückhaltes. Die feste Geschlossenheit, die sich die führenden Männer in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten gesichert haben, darf auch unserer Regierung in den letzten Entscheidungsstunden des Weltkrieges nicht fehlen. Nur so werden wir gegen die Gefahr innerer Zersplitterung und Schwächung gewappnet sein. Die Grundlage, auf der im Herbst vorigen Jahres ein festes parlamentarischer Boden für die

Regierung geschaffen wurde, besteht auch heute noch. Es wäre ein gefährliches und unterverantwortliches Beginnen, sie durch Krisen zu lockern. Nur darauf kann das Bestreben gerichtet sein, der Regierung einen noch festeren Halt zu geben als bisher. In diesem Zusammenhang ist die Frage erhoben worden, ob sie im Sinne der bisherigen Parlamentarisierung erweitert werden soll. Gewiß unsere innere Politik dadurch an Festigkeit, so könnte nichts dagegen sprechen. Bekanntlich ist bereits im Herbst v. J. bei der Neubildung der Regierung die Sozialdemokratie aufgefordert worden, ihren Anteil daran zu übernehmen. Sie hat es damals abgelehnt, mit der Begründung, daß sie freie Hand vorzöge und Herrn von Bayern als den Mann ihres Vertrauens betrachte. Würde sich die Sozialdemokratie jetzt entschließen, ebenso wie die anderen Parteien, die Verantwortung mitzübernehmen, so wäre damit nur eine Lage geschaffen, die bereits im Herbst 1917 ins Auge gefaßt wurde. Die Verbreiterung der Regierungsgrundlage aber wäre entschieden ein Fortschritt. Denn es kann der Entente nicht einbringlich genug zum Bewußtsein gebracht werden, daß das deutsche Heer und die deutsche Heimat geschlossen und unerschütterlich zusammenstehen, um die Kautschukgürtel der Entente im Westen und ihre Einmischungsgelüste im Osten jetzt und für immer abzuwehren.“

Die Annäherung der Fortschrittspartei. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das „A. Tagebl.“ zu der innerpolitischen Lage:

„Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen augenblicklich die Bemerkungen der Nationalliberalen, insbesondere des Abgeordneten Dr. Stresemann, zu den interfraktionellen Besprechungen Buttrich zu Erlangen. Das Eintreten der Nationalliberalen in den interfraktionellen Ausschuss ist nach dem einstimmigen Beschluß der Mehrheitsparteien nur möglich, wenn sie klipp und klar erklären, daß sie sich zu der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 bekennen. Auf einen politischen Kuhhandel darf man sich mit ihnen nicht einlassen. Die Anerkennung der Grundsätze, die der Vizekanzler Dr. Bayer in seiner Stuttgarter Rede aufgestellt hat, kann keine ausreichende Grundlage für die Mehrheitsparteien sein. Erst wenn die Nationalliberalen erklärt haben, daß sie sich ohne jede Einschränkung auf den Boden der Friedensresolution stellen, erst dann kann man mit ihnen verhandeln. Mit einem „politischen Vaubrosch“ wie dem Abgeordneten Dr. Stresemann darf man sich nicht auf Verhandlungen auf anderer Grundlage einlassen.“

Bei den Mehrheitsparteien ist das Verlangen nach Bildung eines parlamentarisierten „Ministeriums“ naturgemäß sehr stark. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß auch die Mehrheit des Zentrums für die Bildung eines solchen „Kabinetts“ eintreten wird. Man sieht allmählich ein, daß uns nur ein parlamentarisches „Ministerium“ dem Frieden näher bringen kann. Jedes andere „Ministerium“ würde die Verwirklichung irgendwelcher Friedensauslässe erschweren. Feststeht, daß die Sozialdemokraten dem Kabinett Hertling nicht mehr das notwendige Vertrauen entgegenbringen. Auch in Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei hat die Auffassung Raum gewonnen, daß das Kabinett Hertling kaum in der Lage und vor allem nicht geeignet sein dürfte, Frieden zu machen. Wenn die Fortschrittliche Volkspartei diese Auffassung noch nicht deutlich zum Ausdruck gebracht hat, so liegt das lediglich daran, daß die Stellungnahme des Zentrums in dieser Frage so überaus unklar ist. Wenn die Rückschlüsse auf das Zentrum hat eine Entscheidung der Fortschrittlichen Volkspartei bisher verhindert. Daher liegt die alleinige Verantwortung für eine gezielte Entwicklung der Dinge beim Zentrum. Das Zentrum sollte sich seiner großen Verantwortung dem Volke gegenüber gerade in diesem Augenblicke besonders bewußt werden und danach handeln. Um es noch einmal zu sagen, die Bildung eines parlamentarischen „Ministeriums“ ist die dringlichste Forderung der Stunde. Man braucht nicht einmal die Unterstützung der Nationalliberalen am kommenden Montag abzuwarten. Stellen sich die Nationalliberalen nicht geschlossen auf den Standpunkt der Friedensresolution, dann kann die Linke der Nationalliberalen immer noch tun, was sie für richtig befindet.